

Kleine Parteien unter Druck

Hürde für Fraktionsstatus soll erhöht werden – Freie Wähler empört

VON SUSANNE VAN VEENENDAAL

KREIS CUXHAVEN. Kleine Parteien im Cuxland könnten demnächst Probleme bekommen: Ihr Status als Fraktion ist in Gefahr. Nicht nur zwei, sondern drei Personen sind künftig für diese Art von Zusammenschluss nötig. Zumindest, wenn es nach der Regierungskoalition in Hannover geht. „Wenn das durchkommt, ist das ein Hammer“, warnt Claudia Theis von den Freien Wählern.

Es ist nur ein einziger Satz, und doch könnte er die politische Arbeit in jeder Gemeinde, in jedem Landkreis Niedersachsens verändern: „Die Mindestgröße von Fraktionen in den kommunalen Vertretungen soll im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz auf drei festgesetzt werden.“ So steht es im frisch aufgesetzten Koalitionsvertrag von SPD und CDU.

„Rechte werden beschnitten“

Claudia Theis (Foto: pr), die nicht nur im Hagerener Gemeinderat sitzt, sondern auch stellvertretende Landesvorsitzende der Freien Wähler ist, hält dies für ein Unding. „Kleine Parteien und Wählergemeinschaften werden in ihren Rechten beschnitten“, kritisiert sie. Sachorientierte Arbeit sei in den Kommunen dann kaum noch möglich, da nur noch die großen Parteien entscheiden und abstimmen könnten. „Die Große Koalition entledigt sich damit ihrer Mitbewerber auf kommunaler Ebene“, bilanziert Theis.

Dies ginge im Übrigen nicht nur die Freien Wähler an. Es betreffe in der Regel auch die Grünen, die FDP, Wählergemeinschaften und die AFD. „Nur SPD und

CDU kommen gut dabei weg“, ärgert sie sich. Was bedeutet es konkret, keine Fraktion mehr stellen zu können? Für die Tätigkeit im Gemeinderat oder Kreistag ändert sich wenig. Es ist der Einfluss in den Ausschüssen, der beschränkt wird. Ist man Mitglied einer Fraktion, so ist man dort stimmberechtigt. Wer diesen Status nicht hat, kann lediglich an einem einzigen Ausschuss teilnehmen und darf dort zudem nicht abstimmen. Auf Kreisebene kommt ein finanzieller Aspekt hinzu. Hier erhält jede Fraktion 70 Euro pro Monat, für jedes Mitglied gibt es zusätzlich 27 Euro. Entfällt der Status, entfällt natürlich auch das Geld.

Komisch findet Theis, dass sich der Protest über die geplante Anhebung der Fraktionsstärke bislang in Grenzen halte. Sie vermutet: „Bei der nächsten Kommunalwahl 2021, dann werden alle erschrocken sein.“

SPD und CDU auf Landesebene sehen die Angelegenheit erwartungsgemäß anders. Ihrer Ansicht nach mache die Anhebung der Fraktionsstärke die kommunalen Gremien handlungsfähiger. „Es geht uns um eine Stärkung der kommunalen Ebene und darum, die Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit der wichtigen kommunalen Räte und Kreistage zu sichern“, erläutert Ulf Thiele, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Dort würden immerhin wichtige Entscheidungen beispielsweise über Bebauungs- und Flächennutzungspläne, Krippen, Jugendarbeit und Umweltschutz getroffen.

„Es ist jedoch eine zunehmende Zersplitterung der kommunalen Vertretungen



»Die Große Koalition entledigt sich damit ihrer Mitbewerber auf kommunaler Ebene.«

Claudia Theis (Freie Wähler), Gemeinderatsmitglied Hagen und Vize-Landesvorsitzende

erkennbar“, meint er. Dies belaste die Arbeitsfähigkeit der wichtigen kommunalen Gremien. Eine höhere Mindestgröße für Fraktionen auf drei Mitglieder solle die Arbeitsfähigkeit der Kreistage und Räte sowie ihrer Ausschüsse sicherstellen.

CDU: Das Rederecht wird teilweise missbraucht

Ähnlich beschreibt es sein Parteikollege Marco Zacharias, Pressereferent der CDU-Landtagsfraktion. Durch die starke Zersplitterung gestalte sich die Arbeit in den kommunalen Gremien oft langwierig. „Das Rederecht wird teilweise missbraucht“, findet er. Manche Rats- oder Kreistagsmitglieder seien für 80 Prozent der Wortbeiträge

verantwortlich, vertreten aber nur drei Prozent der Wähler. Davon abgesehen sei noch nichts in trockenen Tüchern. Der aufgesetzte Koalitionsvertrag sei noch nicht einmal ein Entwurf – es handele sich vielmehr um eine Absichtserklärung.

SPD: Räte werden zerklüftet

Auch bei der SPD sieht man die Arbeitsfähigkeit in den kommunalen Gremien durch die bisherigen Zwei-Mann- beziehungsweise Zwei-Frau-Fraktionen gefährdet. „Die Räte werden immer weiter zerklüftet“, berichtet Bernd Lynack, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landesfraktion. Er selbst sei Mitglied im Hildesheimer Stadtrat, wo es vier kleinere Fraktionen und daher keine klaren Mehrheiten gebe. „Man muss auf jeden einzelnen zugehen“, klagt er. Er können schon verstehen, dass den Betroffenen die geplante Veränderung nicht gefalle. Dabei komme sie ihnen letztendlich doch auch zugute. „Die Zwei-Personen-Fraktion zerreiben sich. Sie sind teilweise in acht Ausschüssen präsent und total überlastet“, berichtet Lynack.

Für Claudia Theis sind diese Äußerungen nicht nachzuvollziehen. „Was spricht dagegen, wenn SPD und CDU auf andere zugehen müssen?“, fragt sie. „Schließlich soll es doch um Sachpolitik gehen und nicht um Parteipolitik.“ Genau darum gehe es aber nicht, es gehe SPD und CDU nur darum ihren Machterhalt zu sichern. Abgesehen davon: „Die kleineren Fraktionen reiben sich nicht auf und sind auch nicht überlastet“, kontert sie. „Das Gegenteil ist der Fall, da wir uns gerne für die Bürger engagieren.“